

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung vom 31. Januar 2019

Ein kafkaeskes Schauspiel führte diesmal schon kurz vor der Plenarsitzung die CDU im Haupt- und Finanzausschuss auf. Da erklärte die CDU, bei der M236 (betrifft einen Grundstückstausch), den Auftrag ausgeführt zu haben. „Mit anderen Worten, sie hat beschlossen, der Forderung der AfD Folge zu leisten und die Vertraulichkeit aufzuheben“, sagte Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer. „Doch dann kommt der Clou: Im Anschluss lehnte die CDU den AfD-Antrag ab, der die Behandlung des Gegenstands im öffentlichen Teil gefordert hatte. Dafür gibt es nur eine Bezeichnung: absurd!“, so Rahn.

Stellung zu der im AfD-Antrag zum Ausdruck gebrachten Forderung, die finanziellen Auswirkungen des geplanten freien Eintritts für Kinder bis 14 Jahre in Frankfurter Bäder zu erläutern, nahm Markus Fuchs, Stadtverordneter der AfD. „Wir haben diesem Antrag gegenüber durchaus große Sympathien“, so Fuchs. Es sei nicht so, dass die AfD generell gegen den freien Eintritt wäre, nur der Magistrat müsse aber schon erklären, wie das Ganze finanziert werden soll. „Meine Vorstellung von parlamentarischer Kontrolle sieht anders aus. Dass Sie uns ignorieren – geschenkt!, aber dass Sie das Revisionsamt ignorieren, das halte ich schon für sehr bedenklich“, merkte Fuchs an. „Was Sie der Öffentlichkeit nicht so richtig klarmachen, ist, dass wir hier etwas aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Dass die Kosten jetzt eben bei den Bäderbetrieben auflaufen und so wird dies zum Eigenkapitalverzehr bei der Stadtwerke-Holding führen. Wir reden von Schätzungen um die 3 Mio. Euro. Sie wollen von der Substanz zehren. Und so taucht das natürlich nicht im Haushalt auf“, erklärte der AfD-Stadtverordnete. Man könne Wohltaten versprechen, wenn man den Leuten nicht sage, wo das Geld herkommen soll. Nun werde eben die Substanz aufgezehrt. „Wie lange wollen Sie das durchziehen, noch ein paar Jahre, und dann ist nichts mehr da?“, fragte Fuchs. Dass der Oberbürgermeister behaupte, „wir Populisten“ wären neidisch, dass die Koalition den Antrag auf freien Eintritt gestellt habe, lasse tief blicken. Damit gebe Peter Feldmann zu, dass der Antrag höchst populistisch sei. „Was das Thema Populismus betrifft, da kann ich vom Oberbürgermeister noch was lernen! Von Populist zu Populist: chapeau!“, rief der AfD-Stadtverordnete aus. Geärgert habe ihn außerdem, dass schon seit Ende Januar überall in der Stadt große Plakate hingen, wo der Oberbürgermeister und der Herr Stadtrat zu sehen seien mit dem Hinweis ‚freier Eintritt ab Februar‘. „Hätten Sie nicht wenigstens den Anstand haben können und den heutigen Abend abgewartet? Das ist eine Missachtung gegenüber der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat!“, schloss Fuchs.

In seiner erläuternden Rede zum AfD-Antrag, der die Antwort der Stadt auf die abgewiesenen Klage der Stadt Frankfurt gegen den kommunalen Finanzausgleich zum Gegenstand hatte, sagte Rahn: „Am 16.1.2019 wurde das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs in Sachen kommunaler Finanzausgleich verkündet. Wie zu erwarten war, bleibt es dabei, dass die Stadt jetzt geringere Zuweisungen als früher bekommt“. Das störe den Kämmerer und dies sei auch legitim. Natürlich versuche der Kämmerer vom Land mehr Geld zu erhalten. „Doch dazu muss er den korrekten Weg einschlagen. Und zwar den

Weg der Verhandlung. Eine gerichtliche Auseinandersetzung bringt hier nichts. Darauf haben wir als AfD schon 2016 hingewiesen.

Alles, was jetzt im Urteil steht, findet sich bereits im Rechtsspruch aus dem Jahr 2013. Es musste jedem klar sein, dass der Staatsgerichtshof seine Auffassung nicht ändern würde“, so Rahn. Das Gesetz sei verfassungskonform.

Und deshalb verliere die Stadt. Besagte Klage habe der Stadt Frankfurt Kosten verursacht. Mindestens 350.000 Euro, für eine grob fehlerhafte Beratung durch angebliche Experten. „Von mir haben Sie einen besseren Rat bekommen, kostenlos!“, fügte Rahn hinzu. Rechtliche Schritte einzuleiten sei ein völlig falsches Signal an die anderen Kommunen gewesen. Vor allem an die, welche finanziell schlechter ausgestattet seien. Für diese wirke es so, als wolle sich die reiche Stadt Frankfurt auf deren Kosten die Taschen füllen. „Die interkommunale Solidarität ist damit erheblich beschädigt“, zeigte sich der AfD-Fraktionsvorsitzende überzeugt. „Und die Verhandlungsposition der Stadt Frankfurt - der Kämmerer muss ja künftig weiter mit dem Finanzminister verhandeln -, hat sich deutlich verschlechtert, nachdem nun die Klage verloren ist“, erklärte Rahn. Sein Fazit: „Dieser Gerichtsgang hat der Stadt Frankfurt völlig überflüssig schweren Schaden zugefügt.“

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Nächste Bürgersprechstunde findet statt:

6. März 2019 um **17** Uhr in den Fraktionsräumen

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **28. Februar 2019**

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag – Donnerstag 12 – 14 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de
Internet: www.afd-im-roemer.de
Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)